

Aufwärts

Bezugspreis:

Bezugspreis wöchentlich 10 Pfennig. -- Preis: vierteljährlich 3,40 Mk.
Außerdem Bestellgeld.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Kellern-
zeile 1,00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 8 Uhr.

Nr. 267.

Vielefeld-Bethel, Freitag, den 14. November 1919.

Jahrgang 1.

Die plötzliche Erschütterung aller alten Ordnung und das entsetzliche Elend, womit die Völker stets den Übergang zu neuen Wirtschaftsformen erkaufen müssen, haben den modernen Sozialismus aus seiner französischen Heimat auf unseren Boden herübergeleitet. Noch ist der deutsche Sozialdemokratie kein wahrhaft neuer, fruchtbarer Gedanke entsprungen, nichts, was nicht schon in Frankreich durch Wort und Tat seine Widerlegung gefunden hätte. Aber die Führer des Sozialismus gebieten über eine prophetische Zukunft, die in der Geschichte deutschen Parteilebens ihres Gleichen nicht findet; sie erklären mit so hartnäckiger Treue, daß sie Schwarz für Weiß und Weiß für Schwarz, daß der harmlose Zuhörer sich unwillkürlich fragt, ob er sich nicht vielleicht doch geirrt habe. Sie kennen als erfahrene Demagogen das Gemüt der Massen, das Verlangen des kleinen Mannes nach einer festen, sicheren, zweifellosen Autorität, die ihm imponierend entgegentritt; sie wissen, daß man dem Volke den Glauben an ein besseres Jenseits nur dann zu rauben vermag, wenn man ihm ein festes Diesseits in nahe Aussicht stellt, und schildern darum den baren Unsinn, das faule und kalte Schlaraffenland der Zukunft in so bestimmten Umrissen, mit so brennenden Farben, als ob ein Zweifel gar nicht denkbar sei. Der leidende Gedanke der ganzen Richtung ist unverkennbar die nackte Sinnlichkeit, die grundsätzliche Verleugnung alles dessen, was den Menschen über das Tier emporhebt; ihr Glaubensbekenntnis — jenes klassische Wort, das kürzlich im „Volksstaat“ zu lesen stand: „Entweder es gibt einen Gott, dann wären wir freilich gelehrt, oder, es gibt keinen Gott, dann können wir an dem Bestehenden ändern, so viel uns beliebt.“

Heinrich von Treitschke („Zehn Jahre deutscher Kämpfe“, 1. Aufl. Berlin 1897, Band II, S. 114).

Die Gegenrevolution in Sowjetrußland.

Obwohl seit nunmehr einem Jahr das Blutvergießen im Westen zum Stillstand gekommen ist, geht im Osten der Weltkrieg in Gestalt von Bürgerkriegen, Kleinkämpfen und Landenaufständen noch immer weiter. Den Sowjet-Truppen stehen vier Armeen gegenüber. Judentisch in Nordwestrußland, Bermond-Awalow in Kurland, Denikin im Süden und Koltshak in Sibirien. Koltshak wird als „oberster Regent“ für Rußland von allen anderen anerkannt. Sämtlichen Heerführern steht auch die Entente freundlich gegenüber. Aber während sie bis Mitte des Jahres auch militärische Hilfe geleistet hatte, sind die regulären Truppen jetzt mit ganz geringen Ausnahmen zurückgezogen, nur in Nordwestrußland kämpfen noch einige englische Freiwillige mit Judentisch, und im fernsten Osten stehen noch amerikanisch-japanische Truppen zur Bewachung der sibirischen Eisenbahn. Auch die Unterstützung mit Munition und Lebensmitteln scheint mit der Zeit immer mehr nachgelassen zu haben.

Die von großrussisch-konservativen Militärs geleitete Gegenrevolution erstrebt die Wiederaufrichtung eines einigen Rußlands. Die Randstaaten des Westens werden daher in ihren Selbständigkeitsbestrebungen bekämpft. Sie haben sich zwar am 10. 10. deshalb wieder einmal an die Pariser Konferenz um Unterstützung gewendet, doch werden sie damit nicht viel Glück haben, denn auch die Entente, insonderheit England, würde die Aufrichtung eines großrussischen Föderationsstaates nur begrüßen, vorausgesetzt freilich, daß sich dieses neue Rußland wieder auf ihre Seite stellte. Ob die Führer der Gegenrevolution diese Absicht haben, ist nicht klar zu erkennen. Zunächst nehmen sie jedenfalls die Hilfe der Entente bei der Bekämpfung des Bolschewismus, soweit sie ihnen gewährt wird, gern in Anspruch.

Auf ihrem innerpolitischen Programm steht die Wiedereinführung des Judentums vorläufig nicht. Sie erstreben vielmehr eine auf demokratischer Grundlage auf-

gebaute Großrussische Union nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten. Der Schwerpunkt der politischen Leistung scheint jetzt mehr und mehr bei Denikin zu liegen. Seine in Koltow, am Asowschen Meere residierende Regierung ist aus bekannten Männern des alten Rußland zusammengesetzt. Man arbeitet dort vor allem auch Gesetze zur Neuordnung des Grundbesitzes aus. Denikin hat in seiner Umgebung die Verteilung der großen staatlichen und privaten Güter an die Landarmen gegen Entschädigung verheißt. Die Durchführung des Programmes würde ihm die Freundschaft der Bauern sichern. Auch mit der Ukraine, die ja unter den Randstaaten eine besondere Stellung einnimmt, ist er zu einer vorläufigen Einigung gekommen. Nachdem die bolschewistische Regierung unter Rakowski aus Kiew vertrieben war, traf Denikin in dieser sibirischen Hauptstadt mit dem sozialistischen Führer der ukrainischen Bewegung, dem General Petljura, zusammen und hat ihm für die Ukraine weitgehende Sonderrechte bewilligt, sofern es gelingt, die Bolschewisten zu stürzen. Rußisch soll zwar Staatsprache bleiben, aber das Kleinrussisch (ukrainisch) wird für die Verwaltung, die Gerichte usw. in der Ukraine selbst anerkannt, jedenfalls nicht mehr wie früher verfolgt werden. Ob auf dieser Grundlage die Einigkeit zwischen dem konservativ-großrussischen Denikin und dem sozialistischen ukrainischen Petljura zu erhalten ist, läßt sich nicht voraussagen. Die Bolschewisten haben jedenfalls den Versuch gemacht, beide durch das Angebot eines der ukrainischen Separatisten entgegenkommenden Friedens zu trennen. Bisher ohne Erfolg.

Alle Programme und Hoffnungen der Gegenrevolutionäre sind aber eitel, wenn es nicht gelingt, die bolschewistische Herrschaft militärisch zu stürzen. Die mit verhältnismäßig geringen Truppen unterkommene Einkreisung Moskaus ist für diesen Sommer mißlungen. Nach meist großen und überraschenden Anfangserfolgen sind die auf das bolschewistische Zentrum vordringenden Armeen stets wieder zurückgeschlagen oder doch zum mindesten aufgehalten worden. Die militärische Lage hat sich gerade im letzten Monat für die Gegenrevolution wesentlich verschlechtert.

Admiral Koltshak verfügt angeblich über ein mit englischen Mitteln wohl ausgerüstetes Heer von 300 000 Mann. Sein Hauptquartier war bisher Omsk in Sibirien. Am 14. 7. hat er Jekaterinenburg verloren. Nachdem er dann längere Zeit in der Linie Tobolsk-Kurgan gestanden hatte, wurde er auch dort zurückgeschlagen. Am 4. 10. wurde die Hauptstadt Westsibiriens, Tobolsk von den Bolschewisten erobert und nach den neuesten Berichten befindet er sich in vollem Rückzuge nach dem Osten. Seine Zivilregierung ist bereits nach Irkutsk geflüchtet. Omsk ist bedroht. Die Berliner „Freiheit“ spricht jubelnd von Koltshaks Zusammenbruch.

Günstiger ist die Lage Denikins. Er ist „Oberkommandierender“ der Streitkräfte Südrusslands. Sein Hauptquartier ist Taganrog, nahe bei Koltow gelegen. Seine erste Armee steht im Kaukasus, die zweite operiert gegen den Don und die dritte Gruppe ist die Freiwilligenarmee auf dem linken Flügel mit Charkow als Hauptstützpunkt. An diese Gruppe schließt sich nach Westen die national-ukrainische Armee Petljuras an. Am 12. oder 13. 10. wurde Orel eingenommen und man wußte von einem Vormarsch auf Tula zu berichten, welches nur etwa 150 Kilometer von Moskau entfernt liegt. Aber die Berichte waren wieder einmal verfrüht. Orel ging am 27. Oktober an die Bolschewiken verloren. Diese planen eine Verstärkung der dort kämpfenden Armee aus freiwertenden Kräften im Norden. Vorläufig dürfte sich Denikin auf der Linie Tschernigow-Kursk-Koronech-untere Wolga befinden. Damit hält er freilich ein an Hilfskräften außerordentlich reiches Land in seiner Hand, aber durch einen unaufhörlichen Bandenkrieg sind die rückwärtigen Verbindungen der kämpfenden Truppe ständig in Gefahr.

Eine vollständige Niederlage hat der mit der Entente engstens verbundene General Judentisch erlitten. Die wiederholten sensationellen Nachrichten von der Bedrohung oder gar dem Fall Petersburgs haben sich nicht bestätigt. Dem seit 1916 in den Reihen der Bolschewisten

kämpfenden General Tschermissoff ist die Verteidigung der ehemaligen Zarenhauptstadt gelungen. Hat sie auch neben Moskau nur noch untergeordnete Bedeutung, so ist ihre Rettung doch ein beachtenswerter Erfolg. Judentisch, dessen Armee empfindliche Schläge empfangen hat, wird sich auf die verkürzte Linie Narwa-Weipussee zurückziehen, hat aber auch dort mit seiner nur etwa 15 000 Mann starken Truppe eine bedrohte Stellung. Sein Mißerfolg ist wesentlich auf die passive Haltung Finnlands zurückzuführen. Hätte man sich dort entschließen können, Petersburg gleichzeitig vom Norden anzugreifen, so wäre es vielleicht gelungen, in der Stadt festen Fuß zu fassen. General Mannerheim, der nach seiner Niederlage bei der Präludentenwahl das Land verlassen hatte, ist jetzt zurückgekehrt. Er steht mit Judentisch in Verhandlungen, die aber zu einem erdgültigen Resultat noch nicht geführt haben. Immerhin kommt diese Verbindung sehr spät, nach der erlittenen Schlappe wahrscheinlich zu spät.

Aber Bermond-Awalow laufen keine Nachrichten ein. Er scheint vor Riga festzuliegen. Da er sich zunächst geweigert hatte, unter den Befehl des General Judentisch zu treten, ist seine Stellung überhaupt sehr isoliert. Seine Anfangserfolge im Oktober, als er vor die Tore Rigas zog, so daß dort die lettische Regierung Almans fliehen mußte, dankt er wesentlich den deutschen Freiwilligen, die unter dem Namen der deutschen Legion in seinem kleinen Heeresverband kämpften. Eine unmittelbare Gefahr für den Bolschewismus ist er jedenfalls auch nicht, vielmehr befindet er sich selbst in bedrohlicher Lage. Er hat sich nämlich zuerst nicht gegen Moskau, sondern gegen Lettland gewandt, daher hat Almans estnische Hilfe gegen diesen gegenrevolutionären großrussischen Fürsten herbeigerufen. Auch scheint sich Lettland mit Polen und Litauen vereinigen zu wollen, so daß die kleine Schar in Kurland, deren Mittelpunkt Mitau ist, von allen Seiten von Gefahr umringt ist.

Nach allem dem ist der Bolschewismus in Rußland für den Winter gesichert, wenn er nicht durch innere Kräfte zu Fall gebracht wird. Ob das aber möglich ist, kann bei der mangelhaften Berichterstattung nicht beurteilt werden. Urmehr hängt alles davon ab, daß in Deutschland die Ordnung erhalten bleibt, damit dieses Herzland Europas der bolschewistischen Propaganda nicht zum Opfer fällt. Das sollte auch die Entente bedenken und endlich ihre unverantwortliche Verschleppungs- und Ausaugungspolitik revidieren, sonst wird sie einstmals noch ihre aus Haß geborene Verblendung zu bereuen haben. H. Wagner.

Für schnellste Friedensrevision.

Die Londoner Wirtschaftskonferenz gegen Versailles.

Die Londoner Konferenz zur Bekämpfung der Hungersnot hat ihre Besprechungen abgeschlossen. Wie der „Neuwe Rotterdamsche Courant“ meldet, wurden noch folgende Beschlüsse angenommen:

Der Kongreß steht unter dem Eindruck des ersten Zustandes in Europa, wie er bei den Beratungen zutage getreten ist unter dem Eindruck der drohenden Gefahr einer Hungersnot. Der Kongreß steht bei aller Würdigung der bereits auf wirtschaftlichem Gebiete getroffenen Maßnahmen unter dem Eindruck, daß noch keine genügenden Schritte getan worden sind, um diesen furchterlichen Zustand zu bekämpfen, daß der Zustand von Europa eine ernste Bedrohung für England und alle anderen Länder ist, daß allgemein Unkenntnis in England über diese Zustände herrscht und unmittelbare Schritte getan werden müssen, um das englische Volk aufzuklären.

Der Kongreß fordert, daß der Oberste Wirtschaftsrat, ferner die Wiederherstellungskommission und andere Körperschaften so ausführlich wie möglich Auskünfte über den tatsächlichen wirtschaftlichen Zustand in Europa geben, besonders in bezug auf den Bedarf einerseits und andererseits über die Vorräte an Lebensmitteln, Brennstoffen, Kleidung, Transportmitteln und Rohstoffen in den verschiedenen Ländern. Der Kongreß richtet einen Appell an die Regierungen und an die Presse der ganzen Welt, diese Tatsachen an die Öffentlichkeit zu bringen.

Der Kongress ist der Ansicht, daß die industrielle Reorganisation der Welt nicht kräftig einsetzen kann, bevor nicht Rußland wieder instandgesetzt ist, wirtschaftlich wieder aufzuleben, um seine riesigen Hilfsmittel an Lebensmitteln und Rohstoffen zur Verfügung der Welt zu stellen, und das der erste Schritt, der unternommen werden muß, der sein muß, alle Einmischungen mit Zwangsmitteln durch fremde Mittelmächte in Rußland sowohl mittelbar wie unmittelbar einzustellen.

Der Kongress ist der Ansicht, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages größtenteils verantwortlich sind für die Zerrüttung der Produktion und des Handels und für die Gefahr, mit der die gesamte kulturelle Welt durch eine gewaltige Revolution und durch Hungersnot bedroht wird. Er ist ferner der Ansicht, daß die Interessen aller Länder es erfordern, die Bestimmungen so schnell wie möglich zu ändern.

Wie bereits berichtet, wurde auf der Londoner internationalen Konferenz die Presse von den Sitzungen ausgeschlossen, weil einige Delegierte, die sich in Staatsstellungen befinden, ausdrücklich darum ersucht hatten. Infolgedessen dringt über die Sitzungen nur sehr wenig in die Öffentlichkeit. Gestern hat nun Miß Sheephants, eine bekannte bekannte Frauenrechtlerin und Schriftführerin des Kongresses, dem Londoner Vertreter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ einige Mitteilungen über den Verlauf der Erörterungen gemacht.

Sie führte u. a. aus, daß man die Sitzungen deswegen hätte geheim halten müssen, weil man Schwierigkeiten befürchtete, wenn die Öffentlichkeit zugelassen würde. Sie wären auch zweifellos eingetreten, was man schon aus dem Feldzug erleben könne, den die Northcliffe-Presse sofort nach Bekanntwerden des Planes und später gegen die Arbeiten der Konferenz selbst eingeleitet habe. Miß Sheephants erklärte weiter, es handle sich um einen wissenschaftlichen Kongress. Aus diesem Grunde habe man auch den Kreis der zugelassenen Delegierten nicht allzuweit ziehen können. In manchen Fragen bestehe keine Einigkeit.

In der Frage des internationalen Kredits hat, nach der weiteren Darstellung von M. Sheephants, Sir Paith, der frühere Finanzberater der britischen Regierung, die Ausgabe eines großen internationalen Anleihe mit staatlichen Garantien vorgeschlagen. Demgegenüber trat Oppenheim aus Wien für die Errichtung einer internationalen Bank ein, deren Grundlage auf wirklichen Werten (real securities) fußen müsse und die ein internationales Zahlungsmittel ausgeben solle. Inzwischen ist man doch in vielen Punkten bereits zu einer Einigung gelangt. Man ist jedoch nicht zusammengekommen, um eine Lehre zu verkünden, sondern um sich über den Stand der weltwirtschaftlichen Verhältnisse zu unterrichten.

Über die Einzelheiten der Debatte erfährt der Korrespondent noch, daß der Vortrag des holländers Dr. Wentebach, der sich seit Kriegsausbruch in Wien aufhielt, einen tiefen Eindruck auf die Versammlung gemacht habe. Wentebach sprach über die Not in Österreich und beschrieb die prächtigen Wiener Hofnächter, denen es jetzt an allem fehle. Der Hunger habe Sturmbur verursacht, der allein durch große Zufuhr von frischem Gemüse und Obst behoben werden könnte. Selbst die Milch, die man erhalte, sei für die Volksgesundheit unaufräglich, da sie von Vieh komme, das mit getrocknetem Futter genährt werde. Große Sendungen von Südkrühen und frischem Gemüse seien unbedingt notwendig.

Frau D. Granowsky aus Petersburg, die früher dem Kabinett Kerenski angehört, eine eifrige Gegnerin der Bolschewisten, hielt einen Vortrag, der in einen kräftigen Protest gegen die Blockade Rußlands auslief. Diese Blockade bringe Millionen den Tod. Auch eine Rede Brentanos brachte bei den Zuhörern großen Eindruck. Er legte den Nachdruck auf den Tiefstand der Industrie wegen der Kohlennot, die durch den niederschmetternden Einfluß der Bestimmungen des Friedensvertrages verursacht sei.

Ausgewiesen.

Von Miß. Vedder.

6. Bild. Ratsversammlung in Krügers Werkstatt. Es ist Abend. In der Mitte des Männerzimmers flackert ein Feuer. Frauen und Kinder sind schon zur Ruhe gegangen. Erster Redner: „Vor allen Dingen müssen wir alle diejenigen ausfragen, die im Hause des Missionars gewesen sind, die werden am allerersten etwas sagen können. Gustav! Deine Frau war doch vier Jahre lang bei ihm. Hat sie nichts gesehen von Rissen und Erdlöchern und dergleichen?“ Gustav: „Ich will hingehen und meine Frau holen.“ Sie kommt. Es wird ihr dieselbe Frage vorgelegt. O ja! Sie erinnert sich, daß der Missionar früher eine riesige große Kiste auf der Veranda des Schulgebäudes stehen hatte. Es war Mais darin; denn aus dieser Kiste wurden die 72 Personen seines Seminars befristet. Die Kiste ist jetzt nicht mehr dort, — weil ein Engländer drin begraben wurde! Siehe Bild 2. Und im Garten sind drei große Löcher gemacht worden, so groß, daß man wohl eine sehr große Kiste darin hätte unterbringen und mit Erde bedecken können. auch erinnert sie sich, daß der Missionar eines Abends im Garten etwas vergraben hat. Das war noch bevor die Engländer kamen. Und hernach hat er's wieder herausgeholt, wie man noch deutlich an den Erdschollen sehen konnte. Zudem sah man an den Fußspuren, daß nur der Missionar und kein anderer im Garten gewesen war. Aber dies müsse in der Ecke des Gartens auch etwas vergraben sein. Denn sie habe gesehen, daß er Erde in ein Loch geschauelt habe und in dem Loch hätten allerlei Gegenstände gelegen. — Wundervoll! Nun ist man dem Geheimnis auf der Spur. Morgen soll Johannes nach Tsumeb reiten und dem Magistrat von allem Mitteilung machen. Zwar ist's morgen Sonntag. Das tut aber nichts. Hauptsache ist, daß der Missionar nichts erfährt. Es ist daher gut und geraten, möglichst zahlreich zur Kirche zu gehen und recht aufmerksam zuzuhören, damit er nicht auf den Gedanken kommt, daß er beobachtet wird.

Gedenket der hungernden Vögel.

Weiter befaßte sich die Konferenz mit der Möglichkeit der Schaffung eines internationalen Wirtschaftsrats, um die Verteilung von Kohlen, Lebensmitteln und Rohstoffen an alle Völker einheitlich zu regeln. In dieser Hinsicht bestehen aber innerhalb der Konferenz noch starke Meinungsverschiedenheiten, vor allem wegen der notwendigen Überwachung durch den Verband. Mit großer Aufmerksamkeit folgte die Versammlung auch den Ausführungen des früheren Londoner Vertreters der „Frankfurter Zeitung“, Guttmann, der die Forderung einer Wiederaufnahme des Verkehrs zwischen den Völkern unterstrich.

Schließlich sprach noch Miß Sheephants über das vorläufige Ergebnis der Konferenz. Eins stehe bereits heute fest: Es sei das erste Mal seit dem Kriege, daß in England deutsche und verbündete Staatsangehörige zusammengekommen wären. Nicht alle Engländer und nicht alle Deutsche hätten sich, was begreiflich sei, in den ersten Verhandlungen auf einen guten Fuß stellen können. Die französischen Abgeordneten hätten sich jedoch sehr gemäßigt gezeigt. Ein Delegierter versicherte, daß auch in Frankreich eine Strömung bestehe, welche die Bestimmungen des Friedensvertrages ablehne und auf deren Erneuerung hinarbeite.

Stimmen zur Präsidentenschafts-Kandidatur.

(E. Johansen-Beitel).

In Hamburg forderten einige tausend Männer und Frauen aus allen Parteien Dr. Damaschke auf, die Kandidatur zur Präsidentenschaftswahl, die nach der Verfassung bald vollzogen werden muß, anzunehmen. Dr. Damaschke antwortete: „Kommen Männer und Frauen aus allen Parteien zu der Überzeugung, daß mein Wollen und Wirken ihnen die Zuversicht gibt, ich könnte unser Volk in dieser entscheidungswichtigen Zeit an der Spitze des Reichspräsidenten dienen, so würde ich es als Pflicht ansehen, diesem Ruf zu folgen.“

Es ist doch wichtig, daß auch die Leiter des „Aufwärts“ von den Stimmen Kenntnis nehmen, die für eine Kandidatur Damaschkes eintreten. Denn mit Recht hebt der Evangelische Presseverband an die Tagespresse N. 40) daß „für alle Kreise, die die großen, unsere Gegenwart beherrschenden sozialen Fragen nach ihren ethischen Grundlagen bewerten wollen, die Kandidatur Damaschkes sehr ernsthaft in Frage kommt.“ Das ist m. E. eine sehr nötige Mahnung, daß wir bei dem Gedanken an die Präsidentenwahl in erster Linie die unsere Gegenwart beherrschenden sozialen Fragen in ihrer ausschlaggebenden Wichtigkeit erkennen und uns fragen, ob sie von demjenigen, welchem wir unsere Stimme geben, nach ihren ethischen Grundlagen durch seine Persönlichkeit und sein bisheriges Lebenswerk wirklich gewertet werden. Wie verhängnisvoll hat es sich doch erwiesen, wenn man Leuten, die man als Charaktere gering achten mußte, leitende Stellungen gegeben hat. Es gehört doch nicht nur Befähigung in technischer Beziehung, sondern ebenso sehr Gottesfurcht und Charakterfestigkeit gerade dem Mammonismus und Kommunismus unserer Zeit gegenüber zu den Vorbedingungen einer segneten Amtsführung. Dr. A. Damaschke hat, wie der Evangelische Pressebericht weiter sagt, „durch seine Tätigkeit in so weite Kreise des Volkslebens in allen Teilen des Reichs gründlichen Einblick genommen und umfassende Fühlung mit so zahlreichen Kräften des öffent-

lichen und privaten Lebens gewonnen, daß eine unparteiische und eindringende Würdigung der entscheidenden Bedürfnisse des deutschen Volks wohl von ihm erwartet werden kann.“ Wer Damaschke aus seiner Tätigkeit und seinen Schriften kennen gelernt hat, wird auch diesen Worten voll zustimmen. Darauf kommt es doch schließlich an, daß der Reichspräsident durch seinen Werdegang Einblick erhalten hat in weite Kreise des Volks und zwar in allen Teilen des Landes; Einblick nicht nur in die gegenwärtigen Verhältnisse, sondern auch in die Geschichte. Und Damaschke hat nicht nur Einblick genommen, sondern auch Fühlung gewonnen mit zahlreichen Kräften des öffentlichen und des privaten Lebens. Man lese nur einmal die Stimmen, die bei seinem fünfzigjährigen Geburtstag laut wurden, die Äußerungen Ad. Wagners, Schrammners, des Oberbürgermeisters Wagner von Ulm, Naumanns, und so vieler anderer. Damaschke hat seine Freunde ebenso in der katholischen Kirche und in den ideal gerichteten jüdischen Kreisen, wie in der evangelischen Kirche, ebenso im Heer wie unter den sozial denkenden Beamten. Ich führe noch einige zutreffende Äußerungen der „Regenbogens-Nachrichten“ vom 31. 10. an, die mit Recht sagen: „Bei der Kandidatur Damaschkes sollte betont werden, daß er gerade durch seine Beschäftigung mit der Bodenreform bewiesen hat, daß er fähig und gewillt ist, seine Kräfte rücksichtslos und uneigennützig in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Diese Fähigkeit schon allein macht ihn bei seiner Begabung, seinen Kenntnissen, seinem weiten Horizont, zum Führer des deutschen Volkes geeignet. Damaschke wird der letzte sein, der den Präsidentenstuhl des deutschen Reiches benutzen wird, um sich gewissermaßen als getriebenes Haupt der Bodenreform zu betraufen, wenngleich er seine Macht gern in die Wagtschale werfen wird, um den von ihm vertretenen Ideen zur Wirklichkeit zu verhelfen oder ihnen wenigstens den Weg zu ebnen. Er wird sich nicht verkneipen, aber sich auch nicht vordrängen.“

Auch im „Kinterner Anzeiger“ lesen wir in der Nummer vom 30. Oktober:

„Wer Damaschke kennt, der weiß aber auch, daß dieser Mann weit davon entfernt ist, aus Ehrgeiz die Kandidatur eines Amtes zu übernehmen, welches eine schwere Bürde bedeutet. Damaschke steht mit seinem Lebenswerk außerhalb der Parteien, ja, er steht in der Tat über den Parteien, und da er seine Anhänger zu Tausenden und Abertausenden links wie rechts und in der Mitte hat, so dürfte seine Kandidatur keineswegs aussichtslos sein, zumal schließlich Wessen, vornehmste Gesinnung, und tiefes, reifes Wissen und Versehen der staatlichen Verhältnisse ihn zu einer Persönlichkeit machen, die unendlich vielen für das höchste Amt im Reich außerordentlich willkommen sein wird.“

Selbstverständlich werden die Vertreter des Mammonismus alles aufbieten, um Damaschkes Wahl zu hintertreiben, und sie werden dankbar sein für jeden, der ihnen dabei behilflich ist. Aber jetzt handelt es sich doch darum, daß jeder soviel staatsbürgerliche Bildung gewinnt, daß er sich nicht zu schnell von Autoritäten imponieren läßt, sondern sich ein eigenes Urteil bildet über das, was er von dem zukünftigen Reichspräsidenten fordert. Und das kann man sich bezüglich Damaschkes bilden, denn in Wort und Tat ist er keine unbekannte Größe. Als Christen haben wir eine besondere Verantwortung. — Übrigens wende man nicht ein, daß Damaschke keine Beziehungen zum Ausland habe. Seine Schriften sind in eine große Auswahl von fremden Sprachen übersetzt. Seine Beziehungen zu hervorragenden englischen Bodenreformern sind bekannt. Barauschließlich würde seine Präsidentenwahl dem Ausland als ein sehr günstiges Zeichen dafür erscheinen, daß weder Kommunismus noch Mammonismus, sondern Herstellung sozialer Gerechtigkeit das Ziel der Entwicklung der deutschen Völker ist.

Nachschrift der Schriftleitung. Trotz der Bitten von verschiedenen Seiten, in unserem Blatte für die Kandidatur des auch von uns hochgeschätzten Dr. A. Damaschke einzutreten, konnten wir uns nicht dazu entschließen. Es ist uns fraglich,

7. Bild. Das Missionshaus wird von englischen Soldaten umstellt. Der Magistrat von Tsumeb und Grootfontein samt einem Polizeihauptmann stellen sich mir höflich vor und fragen: „Wo haben Sie die Risten des Gouvernements versteckt? Wir wissen, daß Sie sie in Ihrem Garten vergraben haben. Zeigen Sie sie uns. Andernfalls werden wir hineingehen und sie ausgraben und zudem Ihr ganzes Haus durchsuchen.“ Ich erwiderte: „Ich habe keine Risten des Gouvernements vergraben. Wollen Sie mein Haus durchsuchen, so erfüllen Sie Ihre Pflicht ungeschont. Ich will Ihnen Spaten und Eisenstangen zur Durchsuchung herbeiholen.“ Das geschieht. Alle gehen in den Garten. „Hier unter diesem Wasserbehälter haben Sie Patronen eingemauert!“ Ich: „Es sind da keine Patronen eingemauert. Ich habe zwar den Wasserbehälter sehr nötig. Sind aber Patronen darunter, so lassen Sie ihn bitte einreißen und untersuchen.“ Der Wasserbehälter bleibt unberührt. An einem Reihel: „Hier haben Sie die Riste vergraben. Dann haben Sie die Riste nachts herausgeholt und über die Mauer gebracht. Wo sie jetzt ist, weiß man nicht. Wo ist sie? Missionar: „Hier ist nie eine Riste vergraben gewesen. Ich habe zwar den Kohl, der hier steht, sehr nötig. Ist aber eine Riste darunter gewesen, so muß das durch Aufgraben der Erde nachzuweisen sein; ebenso, wenn keine darunter gewesen ist. Ich bitte, daß hier ein tiefes Loch aufgeworfen wird! Das Loch wird nicht aufgeworfen. Beide Magistratsleute entschließen sich nun ihrer Kleider bis auf Hemd und Hose, gehen in eine Ecke des Gartens, holen Spaten herbei und fangen an, Ausgrabungen zu machen, als sei ein verschüttetes Herkulanum wieder bloß zu legen. Darüber wird's Abend. — Am andern Morgen beginnt wieder ein Verhör, aus dem deutlich hervorklingt, daß man mit Johannes Krüger und seinen Vertrauensmännern verhandelt hat. Dann beginnen abermals die Ausgrabungen. Nachmittags entdeckt ein Buschmann in einem Loch Gerümpel, zwischen dem sich ein zerbrochener Fernsprechapparat befindet. Die Erregung wird groß. Also ist doch etwas vergraben worden! Das Loch wird ausgeräumt. Es findet sich

nicht Sonderliches darin. Aber unten ist alles so glatt, so sauber gearbeitet! „Hier muß die Geldkassette gestanden haben!“, sagt der Tsumeber Magistrat, und beide Herren befehlen ihre Wagen und fahren ohne Gruß ab. — O armer Missionar! Jetzt wirst du vor Gericht müssen! Man wird dir allerlei Vorwürfe machen! Wenn man könnte, würde man dich bestrafen, und zwar mit einer großen Geldsumme. (Das Gericht sprach ihn frei, und man ließ ihn unbeschädigt, ja, der Richter besuchte ihn hernach und verkehrte freundschaftlich in seinem Hause!)

8. Bild. Ich sitze in meiner Studierstube, denke und ahne nichts Böses. Meine Gedanken weilen bei meiner Frau und meiner ältesten Tochter, die nun schon seit fünf Jahren in Deutschland sind, zu denen ich nicht reisen darf, weil die Missionsleitung dringend rät, doch ja draußen zu bleiben, und die zu mir nicht nach Afrika kommen dürfen, weil die Engländer niemanden ins Land lassen. Da klopf es, und zwei Burenpolizisten treten ein. Stumm lassen sie sich auf den Stühlen nieder. Das Gespräch kommt nicht über das Wetter und die Maisernte hinaus. Ich denke, Buren trinken gern Kaffee, und lasse Kaffee und Brot kommen. Aber immer noch rücken sie nicht mit ihrem Vorhaben heraus. In den letzten Wochen hat man viel von Ausweisung der Deutschen gehört. Sollten sie etwa auch einen Ausweisungsbefehl für mich bei sich tragen und sich genieren, ihn vorzulegen? „Leute“, sage ich, „ich glaube, ihr habt einen wenig erfreulichen Auftrag auszurichten. Wenn dem so ist, dann gebt mir nur das Papier. Ich werde es lesen, derweil ihr Kaffee trinkt. Ihr könnt ja nichts dafür und tut nur eure Pflicht.“ Sichtlich erleichtert ziehen sie ein Schriftstück hervor: den Befehl, in kurzer Zeit das Land auf immer wiedersehen zu verlassen. 360 Pfund der Habe könne mitgenommen werden; alles übrige müsse entweder verkauft oder den Engländern zur Verwaltung überlassen werden.

(Schluß folgt.)

...eine unparteiische
...enden Bedürfnisse
...tet werden kann
...d seinen Schriften
...voll zustimmen
...er Reichspräsident
...en hat in weite
...des Landes; Ein
...hältnisse, sondern
...nicht nur Einbild
...onnen mit zahl
...privaten Lebens
...ei seinem künftg
...Äußerungen Ab
...iffers Wagner von
...r. Damaskus hat
...Ritze und in den
...der evangelischen
...tal denkenden Be
...Äußerungen der
...an, die mit Recht
...kte betont werden
...mit der Boden
...gewünscht ist, sein
...Dienst der M
...allein macht ihn
...seinem weiten
...des geeignet. Da
...äsidentenstuhl des
...gewissermaßen als
...achten, wenngleich
...en wird, um den
...keit zu verhelfen
...Er wird sich nicht
...n."

...in der Nummer
...auch, daß dieser
...iz die Kandidatur
...schwere Bürde be
...nswert außerhalb
...den Parteien, um
...beraufenden links
...seine Kandidatur
...htes Wesen, vor
...und Verstehen
...ter Persönlichkeit
...te Amt im Reich

...des Mammonis
...zu hinterziehen,
...r ihnen dabei be
...darum, daß jeder
...daß er sich nicht
...t, sondern sich ein
...dem zukünftigen
...man sich bezüglich
...ist er keine unbe
...ne besondere Ver
...cht ein, daß Da
...nd habe. Seine
...hl von fremden
...u hervorzuheben
...Barauschließl
...and als ein sehr
...eder Kommuni
...lung sozialer Ge
...utsches Volk ist
...r Bitten von ver
...ie Kandidatur des
...asche einzutreten
...Es ist uns fraglich,

...alles so glatt, so
...kassette gestanden
...und beide Herren
...Gruf ab. — O
...acht müssen! Man
...enn man könnte,
...einer großen Geld
...man ließ ihn un
...nach und verkehrte

...erfube, denke und
...eilen bei meiner
...un schon seit fünf
...nicht reisen darf,
...och ja draußen zu
...a kommen dürfen,
...lassen. Da Kopf
...stimm lassen sie
...kommt nicht über
...Ich denke, Buren
...nd Brot kommen.
...em Vorhaben her
...l von Ausweisung
...auch einen Aus
...sich genieren, ihn
...be, ihr habt einen
...Wenn dem so ist,
...es lesen, derweil
...r und tut nur eute
...n Schriftstüd her
...nd auf Kimmern
...Habe könne mit
...entweder verkauft
...erlassen werden.

(Schluß folgt.)

...es praktisch war, schon jetzt, wo die ganze Lage noch so
...angefüllt und ungewiß ist, in der Presse eine bestimmte
...Person zu umklammern. Wenn auch wirklich durch die eingesezte
...Kollation einige Hunderttausend Stimmen sich für Herrn
...Dr. Damaschke erklären, kann sich nachher im Ernstfall doch
...wieder ein ganz anderes Bild ergeben.

Wir haben aber gerne unseren Mitarbeiter zu Worte
...kommen lassen und freuen uns, zu sehen, wie weite Kreise
...mit lebhaftem Interesse sich begeistern für den Mann, der
...für seine hohen und schönen Ideale die ganze Kraft einsetzte.

Die Wahlen in Oberschlesien.

Niederlage der Mehrheitssozialisten.

In Oberschlesien wurden am Sonnabend die bis
...jetzt infolge des Aufstandes aufgeschobenen Gemeindegewahl
...rathswahlen vorgenommen. Soweit das Wahlergebnis
...zur Zeit zu übersehen ist, wurden schätzungsweise
...etwas weniger als die Hälfte aller abgege
...benen Stimmen für die polnische Liste gezählt.

Die katholische Volkspartei (Zentrum) verlor
...schätzungsweise ein Drittel der bisherigen Stimmen.
...Geradezu katastrophal ist die Wahl für die Mehr
...heitssozialisten. In den großen Arbeiterbezirken
...verloren sie 70, 75 und 80 Prozent ihrer Stimmen.
...In Schöpschütz ging die Zahl der sozialistischen Stim
...men von 14.500 bei den Nationalparlamentswahlen
...nur 2800 zurück, in Ratibor von 5500 auf 1400,
...in Laurahütte-Simianowiz von 1502 auf 835. Die
...unabhängigen haben einen Zuwachs von 16
...Prozent zu verzeichnen. Die polnischen Sozialisten
...haben eine nicht bedeutende Zahl von Stimmen auf
...sich vereinigt.

Die Deutsch-Nationalen haben überall einen
...Zuwachs von 20 bis 30 Prozent zu verzeich
...nen. Die Demokraten haben in den größeren Städten
...Oberschlesiens schlecht abgeschnitten. Die Wahlen selbst
...vollzogen sich in aller Ruhe und ohne jegliche Stö
...rungen.

Ratibor und Eypeln — Deutsch.

In Ratibor erschienen insgesamt 13.585 Wäh
...ler, davon wurden abgegeben: für das Zentrum 7208,
...für die Polen 1499, für die Sozialdemokraten 1829,
...für die Demokraten 1536 und für die Deutschnationalen
...1435.

In Eypeln hat das Zentrum 19 Sitze, die Mehr
...heitssozialisten 6, die Deutschnationalen 4, die Polen
...3, die Demokraten 2, die Deutschdemokraten 2, die Deutsche
...Volkspartei 1 und die Ungeheilenpartei 1 Sitz er
...langt.

In Deutsch wurden gewählt: Zentrum 21, pol
...nische Nationalpartei 13, Beamtenpartei 5, Mehrheits
...sozialisten 5, Demokraten 3, Deutschnationalen 3, pol
...nische Sozialisten 2, Kommunisten 1 und Unabhängige
...1 Kandidat.

In Gletwitz wurden abgegeben: Deutschnationalen
...2336, Demokraten 2135, Zentrum 7172, Mehr
...heitssozialisten 1962, Unabhängige 1212, Volkspartei
...684 und Polen 4880 Stimmen.

In Ratibor: Deutschnationalen 3809, Demo
...kraten 2127, Zentrum 4282, Mehrheitssozialisten 1406,
...Krisenvereinigter 403, Wirtschaftl. Verband 866, Polen
...3086, Unabhängige 1149 Stimmen. In den länd
...lichen Bezirken sind die gewählten Abgeordneten
...überwiegend polnischer Nationalität.

Wie aus dem Kreise Hindenburg gemeldet
...wird, war die Wahlbeteiligung sehr stark und wurden
...besonders in dem südlichen Teile ausschließ
...lich Nationalpolen gewählt. Auch in einigen
...anderen Grubenorten wie Jabrze, Bischof-Vorkwart,
...Kudawieschowitz sind über zwei Drittel National
...polen und sozialistische Polen gewählt worden. In
...Hindenburg selbst fielen von 36 Gemeindevertre
...tern die Hälfte auf die Nationalpolen. Unabhäng
...ige, Mehrheitssozialisten und christliche Volkspartei ha
...ben bei der Wahl sehr schlecht abgeschnitten und eine
...bedeutende Stimmenabnahme zu verzeichnen. Deutsch
...demokraten und Deutschnationalen haben ihre Stim
...menzahl gegenüber den Wahlen zur Nationalparlamm
...ent und zur Landesversammlung behauptet.

Deutsch-polnischer Beamtenvertrag.

Weiteres Ergebnis der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Neben der vorläufigen Beibehaltung der bisherigen
...deutschen Beamten in den abzutretenden Gebieten ist
...am Sonnabend zwischen den deutschen und polnischen
...Unterhändlern ein Übereinkommen abgeschlossen wor
...den.

Es sichert den deutschen Beamten in den abzu
...tretenden Gebieten die ungehinderte Weiter
...arbeit an ihren bisherigen Dienstorten für eine
...Zeit von mindestens zwei Monaten nach In
...krafttreten des Friedensvertrages, soweit nicht die pol
...nische Regierung auf ihre Dienste ausdrücklich ver
...zichtet. Die polnische Regierung hat auf die ihr nach
...Friedensvertrag zustehende Liquidation oder Zurückhal
...tung des Vermögens dieser Beamten verzichtet. In
...diesem Punkt ist jedoch ein Unterschied zu machen
...zwischen denjenigen Beamten, die während der Ueber
...leitungzeit im Dienst verbleiben und solchen,
...die dies nicht tun. Das Vermögen der Ersteren kann
...unterteilt übergeben werden, die Liquidation; bezüglich
...des Vermögens derer, die keinen Dienst leisten, ist Be
...rechnung des beweglichen Vermögens von allen Ein
...griffen seitens der polnischen Regierung vereinbart.
...Diese Beamten haben das Recht, während einer Ab
...ausfrist von drei Monaten ihre Habe ge
...bühren mitzunehmen, sie haben ferner das Recht
...auf freihändigen Verkauf ihres unbeweglichen
...Vermögens während der Frist eines Jahres, soweit
...die polnische Regierung von ihrer Liquidationsbefähig
...keit das unbewegliche Vermögen Gebrauch zu machen
...nicht beabsichtigt. Ähnliche Bestimmungen greifen für
...die Angehörigen und Hinterbliebenen. Die Be
...stimmungen des Übereinkommens finden sinngemäße
...Anwendung auf Geistliche, Religionsdiener und Kir

chenbeamte, auf Volksschullehrer sowie auf mittelbare
...Staatsbeamte und Angestellte bei Reichs-, Staats- und
...Kommunalbehörden.

Ein Schlupprotokoll, das dem Vertrag beigesügt
...ist, sichert die deutschen Beamten noch ausdrücklich
...vor Einreisen in ihre persönliche Frei
...heit, bestimmt ferner die Nachzahlung gewisser Ge
...haltsteile und behält die Regelung der Rechte mittel
...barer Staatsbeamten aus ihren Anstellungsverhält
...nissen besonderen Abmachungen vor.

Preuß. Landesversammlung.

77. Sitzung vom 10. November 1919.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Telegramm
...von Einwohnern der Stadt Memel, die am Sonntag zu
...einer Versammlung zusammengetreten sind, verlesen. Die
...Versammelten rufen darin aus Anlaß der Wiederkehr des
...Tages der Revolution an die Landesversammlung treu
...den Genuß und sprechen die Hoffnung aus, daß alles ge
...schickt, um den Bewohnern des Memellandes den Anschluß
...an ihre deutsche Heimat wiederzugeben. Die Memeldeut
...schen werden te zu Deutschland halten. (Beif. Beifall.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung überweist das Haus
...ferner einen Gesandtschaftsausschuß über die Festlegung der Kriegs
...wohlfahrtsgeldern für die Gemeinden, auf dessen Ratse
...Erklärung die Regierung gedrungen hat an den Gemein
...deauschuß, der schon heute in die Beratung der Vorlage
...eintreten soll.

Danach wird die zweite Beratung des Haushalts der
...Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung
...fortgesetzt.

Abg. Rümpf (Str.): Die Kohlenversorgung leidet außer
...ordentlich unter dem Verkehrshindern. Die französische Re
...gierung mußte veranlaßt werden, für die Kohlenlieferungen
...nach Frankreich Wagen und Lokomotiven aus den früheren
...deutschen Beständen zur Verfügung zu stellen. (Beif. Zu
...stimmung.) Aus dem Vergleich hat eine lebhafteste Abwan
...derung stattgefunden, ein Beweis, daß die Verhältnisse in
...dieser Beziehung wieder anziehungslos und beengend ge
...staltet werden müssen. Die Kohlenfrage muß durch Tarif
...gerechtigkeit werden. Auf engste mit ihr verbunden ist die Er
...nährung, die für den Bergmann besonders schmerzhaft ge
...staltet werden muß. Dazu erfordert notwendig, daß das volkre
...stehende Land der Schicksale der Arbeiter und Schi
...ber, die zum Teil in eckelhaften Stilleen, in den Bars und
...Spielklubs ihre erwerbten Reichtümer verbraten und ver
...schlemmen, in der rückständigen Welt voranzugelen wird.
...Beifall.) Auf dem Wege internationaler Verhandlungen
...sollte ferner erreicht werden, daß vom 1. Januar 1920 ab
...in allen Bergbau treibenden Ländern die schicksalhafte Ar
...beitszeit für die unterirdische Beschäftigten der Bergwerke
...eingeführt wird.

Oberbergamtsratmann Althaus: Neuerdings ist wieder ein
...Erlaß an die Bergarbeiter herausgegeben, der es ihnen zur
...Blick macht, nach Möglichkeit Fühlung mit allen
...Bergarbeitern zu suchen. Ich hoffe daher, daß sich in
...Zukunft wieder ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen
...Bergleitung und Bergarbeitern einstellt.

Abg. Meibohm-Charlottenburg (Dem.): Die Redner der
...Sozialdemokratie lassen außer acht, daß die beiden demo
...kratischen Minister nur den Willen eines Gesamtministeriums
...ausüben, in dem die Parteiführer des Abg. Hülsmann
...die Mehrheit haben. (Sehr laut! b. d. Dem. Unruhe und
...Gerufe b. d. Soz.) Von der stärksten Partei des Hauses
...sollte man mehr Verantwortungsgesühl erwarten, als sich
...in solchen geistigen Bären zu zeigen. Sie könnten sonst er
...reichen, daß die anderen Parteien die schmerzliche Rückhal
...tung aufgeben, die sie bisher den sozialistischen Ministern
...gegenüber an den Tag gelegt haben. (Unruhe b. d. Soz.)
...Der Herr, der aus den niederknietenden Mittelstufen
...des Ministers vom Sonnabend sprach, scheint noch nicht über
...all richtig erfährt zu werden. Die tröstliche Lage wurde auch
...durch die letzten Ausführungen des Kohlenkommissars ge
...festigt, der erklärte, ohne die Verkehrsverhältnisse würde
...es dahin kommen, daß jeder städtische Haushalt sich mit
...einem Beistand pro Tag beknügen müßte. (Hört, hört!) Die
...Mängel des Transportwesens werden auch nicht von heute auf
...morgen gelöst, daß man in den Eisenbahnverhältnissen neue
...Anschaffungen oder Mängel einführt. Ich frage die Regierung, ob es
...richtig ist, daß die für die Kohlenverteilung maßgebenden
...Stellen in den letzten Tagen so unendlich gemacht haben,
...nimmere die Regierung des Eisenbahnverhältnisses wieder
...aufzufassen? Den Verlust des Saargebietes können wir nicht
...als dauernd anerkennen, wir erwidern den Deutschen des
...Saargebietes das Gebot der Treue, das uns mit ihnen für
...ewige Zeiten verbindet. (Beif. Zustimmung.)

Abg. Hülsmann (Dichtl.): Die Revolution hat unseren
...Zusammenbruch zu einem vollständigen gemacht. Aus einem
...Ueberlebenshaushalt ist wie die Eisenbahn so auch die Berg
...verwaltung zu einem Aufkauf geworden. Das ist eine
...Konsequenz der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik. (Sehr
...niedrig! rechts.) Die ganze sozialdemokratische Erziehungs
...methode mit ihren paradiesischen Versprechungen hat sich
...als falsch erwiesen. Jetzt wankt bereits die Autorität der
...eigenen Führer.

Eisenbahnminister Dezer: Die Sperre des Personenver
...kehrs hat Lokomotiven frei gemacht, ebenso Wagen. Es ist ge
...lungen, die Befreiung von Kohlenwagen an den Bedarf her
...anzubringen, zum Teil sogar darüber hinauszuführen. Heute
...morgen haben wir an der Ruhr mit 16.813 Wagen bereits
...1000 Wagen über den Bedarf. Die Eisenbahnverwaltung
...tut alles, um die Halbenbehalte abzuführen. Die Staats
...eisenbahnverwaltung ist aber nicht genügend mit Kohle ver
...sorgt. Wenn der Reichskohlenkommissar sein Versprechen
...auf Abhilfe nicht erfüllt, muß ich zur Selbsthilfe übergehen;
...ich müßte in diesem Falle zur Beschlagnahme der Kohlenvorräte
...schreiten.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 12 Uhr: Kleine
...Anfragen, Fortsetzung.

Deutsches Reich.

— Die Reichsregierung hat für die Bekleidung und den
...Unterhalt der in französischer Kriegsgefangenschaft befind
...lichen Soldaten einen Barbetrag von 5 Millionen und
...Lebensmittel und Winterkleidung im Werte von 15 Mil
...lionen Mark zur Verfügung gestellt.

— Das Gesamtergebnis der Abstimmung der Werk
...arbeiter auf den deutschen Reichsleistungswert über den
...neuen Lohnstarif und die Wiedereinführung der Arbeitszeit
...ergab 29.210 Stimmen für und 35.677 Stimmen gegen
...den Tarif.

— Die englischen Fliegertruppen räumten plötzlich
...den besetzten Teil von Mecklenburg und das Ruppert
...städtchen Burg und zogen sich nach Söllingen zurück.

— Eine gegen Erzberger. Der preussische Ausla
...minister Heine hielt am 9. November in Dessau
...vor etwa 2000 Zuhörern eine Rede, in der er aus

führte, daß man keinen Grund habe, eine Triumpf
...feier zu begehen angesichts des Todes des Vater
...landes. Das Reich gab sich die Verfassung. Durch ein
...Kompromiß mit dem Zentrum sei die Natio
...nalversammlung zustande gekommen, die einem Dis
...kutterklub gleich und deren Neben anzuhören viel
...schwer nicht der Mühe wert war. Das die Gefühle auf
...steigende verlegende Kompromiß mit dem Zentrum wäre
...nicht zustande gekommen, wenn Preußen ausschlag
...gebend gewesen wäre. Die Pläne Erzbergers in
...der Steuerfrage würden bei ihrer Durchführung nicht
...nur die Länder, sondern auch die Gemeinden totma
...chen. Die Kulturarbeit der Gemeinden sei un
...möglich, wenn diese zu Kostgängern Erzbergers
...gemacht würden. Eine vom grünen Tisch aus in der
...Kulturfrage gefällte Entscheidung wäre ein Unglück
...für die deutsche Kultur. Wenn von der Reichsseite
...so weiter regiert werde, wie es auf Grund der Erz
...bergerschen Projekte den Anschein habe, falle das ganze
...Reich zusammen. Es sei einfach nicht möglich, das
...ganze deutsche Volk in dieser Weise zu ver
...gewaltigen. Erzberger habe sich für den Frie
...densvertrag, eingesetzt und müsse zur Durchführung
...des Weid hernehmen, wo er sie herkommen, aber
...er täusche sich. Nach ein oder zwei Jahren wäre die
...Sache zu Ende. Die Erzbergerschen Projekte bedeuteten
...den Tod des Staates. Die Bundesstaaten müßten sich
...dagegen mit aller Kraft wehren. — Der Angriff Hei
...nes auf Erzberger und die Reichsregierung ist geeig
...net, erhebliches Aufsehen hervorzurufen. Es ist wohl
...das erste Mal, daß ein Mitglied der preussischen Re
...gierung sich veranlaßt sieht, in solcher Weise gegen
...die Reichsregierung Stellung zu nehmen.

Die neuen Strafbestimmungen auf maritimem
...Gebiet sind gar nicht durchführbar, wenn Deutschland
...nicht vollständig auf seine Seestellung verzichten will.
...Die nach dem Vertrag von Versailles in der deut
...schen Reichsmarine verbleibenden Linienfahrzeuge der
...„Deutschland“ und „Braunschweig“-Klasse gehören dem
...Vordreadnoughttyp an und sind gänzlich veraltet.
...Günstigenfalls könnten sie in neun Monaten jah
...beret gemacht werden. Wenn der Forderung der En
...tente-Rot vom 1. November stattgegeben wird, (Aus
...lieferung der Kreuzer „Regensburg“, „Bismarck“, „Kö
...nigsberg“, „Graudenz“, „Stralsburg“) verbleiben fol
...gende veraltete Kreuzer, die in den Jahren 1899
...bis 1908 auf Stapel gelegt worden sind: „Berlin“,
...„Hamburg“ und „Zetis“ können in etwa 4-6 Mo
...naten fahrbereit gemacht werden, „Arcona“ und „Me
...dusa“ sind umgebaut und stehen im Dienst als Mut
...terschiffe für die Minensuchverbände, sowie „Amazonen“,
...„Rhinoceros“ und „Möbe“, bei denen die Herstellung
...der Fahrbereitschaft so gut wie ausgeschlossen ist.
...Bei Durchführung der Forderungen der Entente ist
...Deutschland demnach für das kommende halbe
...Jahr ohne irgendein Kriegsschiff. — An
...Schwimmböden, Baggern, Schleppern und Schwimmfrä
...sen besitzt die Kriegsmarine einschl. Reichswerft Dan
...zig und anderen staatlichen Betrieben nur etwa 229.600
...Tonnen. Die Hamburger Privatbetriebe zählen etwa
...330.000 Tonnen, sodas nach Durchführung der Entente
...Forderung vom 1. November dem Reich nur etwa
...160.000 Tonnen des für die deutsche Volkswirtschaft
...so lebenswichtigen Materials verbleiben. Auf die kata
...strophalen Folgen für unser Wirtschaftsleben (Stille
...gung der Werft- und Hafenbetriebe, Versandung der
...Hafenanlagen) braucht nicht besonders hingewiesen
...zu werden.

Der Herr mit den Gefangenen. In einer neuen
...Note fordert die deutsche Regierung von Frank
...reich die sofortige Herausgabe unserer Gefangenen.
...In der Note wird darauf hingewiesen, daß alle übri
...gen Alliierten ihrem Versprechen gemäß vor Intra
...treten des Friedensvertrages mit der Heimkehr der
...deutschen Gefangenen begonnen haben, nur die
...französische Regierung allein verweigere den deutschen
...Kriegsgefangenen die Freiheit. Sie habe sich zwar auf
...das Drängen der deutschen Regierung und die Für
...sprache des internationalen Komitees vom Roten Kreuz
...zu der Erklärung verstanden, daß die Heimkehr der
...Kriegsgefangenen unmittelbar nach der Rat
...ifikation des Friedens durch Frankreich beginnen solle.
...Frankreich habe ratifiziert, aber noch immer warten
...die deutsche Regierung und das deutsche Volk auf die
...Rückkehr der Gefangenen, ja sogar auf eine auch nur
...annähernde Angabe über den Zeitpunkt, wann dar
...auf gerechnet werden kann. Auf niemand können diese
...Verden von über 400.000 Menschen, die zum Teil seit
...langen Jahren das bittere Los der Gefangenschaft
...tragen, ihren tiefen Eindruck verfehlen. Der zweite
...Winter seit Aufhören der Feindseligkeit
...rückt mit seiner Härte und Entbehrung heran.
...Das Werk der Barmherzigkeit und Barmher
...zigkeit an Seele und Körper sei an vielen Tau
...senden in den seit Abschluß des Waffenstillstandes
...vergangenen Monaten in täglicher Erwartung des Frie
...dens vollendet worden und fordere mit jedem Tage
...neue Opfer. Die deutsche Regierung spricht schließ
...lich die Erwartung aus, daß die französische Regierung die
...Kriegsgefangenenfrage, die nur noch vom Standpunkt
...der Menschlichkeit aus behandelt werden könne, in
...einem entgegenkommenden Geiste löse und die Kriegs
...gefangenen der Heimat ohne weiteren Aufschub
...mitbringe.

Die Aushebung der Berliner Spartakuszentrals. Am
...Sonntag wurde am Luisenpark in Berlin ein ge
...heimes Bureau des Spartakusbundes ausgebaut. Per
...sonen waren in den Räumen nicht anwesend, dagegen
...sah man eingehendes Material über die „revolu
...tionäre Betriebsorganisation“. Formulare, Drucksch
...riften, Anträge usw. Wenn auch die Sichtung des um
...fangreichen Materials noch nicht beendet ist, so steht
...doch schon fest, daß es sich um das Zentrals
...bureau der Berliner Kommunisten handelt, in dem die
...Fäden der Organisation zusammenlaufen. Zweifelslos
...war auch dort der „Generalsekretär“ der Kampftruppe
...klassenbewußter Arbeiter. Mit der Auf
...hebung dieses geheimen Bureaus ist den Spartakisten
...ein empfindlicher Schlag bereitet worden.

Verbot des „Einigungsprogramms“ der Sozialdemokratie. Die „Zentralstelle für die Einigung der Sozialdemokratie“ hat vor kurzem ein Einigungsprogramm aufgestellt, das u. a. folgende Sätze enthielt: „Jede Verletzung der Demokratie zur künftigen Aufrechterhaltung einer bürgerlichen Minderheitsregierung wird als Herausforderung des Proletariats durch einen Kampf mit allen Mitteln zu bekämpfen sein.“ „Die Reichswehr ist aufzulösen und durch eine Volkswehr zu ersetzen.“ In diesen beiden Sätzen erblickt der Reichswehrminister eine Aufreizung zum Klassenkampf und eine Herabsetzung der bestehenden Einrichtungen. Das „Einigungsprogramm“ sollte am Sonntag in allen sozialdemokratischen und unabhängigen Versammlungen in Menge verteilt werden, um für die Einigungsstelle zu werden. Am Sonnabend abend erschienen jedoch Kriminalbeamte in der Geschäftsstelle der Einigungszentrale in Berlin und beschlagnahmten die vorhandenen Exemplare des Programms und versiegelten die Pakete. Berichte der Mitglieder der Zentralstelle für die Einigung der Sozialdemokratie, vom Reichswehrminister die Freimache der Flugblätter zu erwirken, wurden abschlägig beschieden.

Rundschau im Auslande.

Im Prozeß gegen die „Brugellois“, die in Brüssel während des Krieges erschienenen Tageszeitung, sind fünf Angeklagte Medakteure zum Tode und einer, ein Holländer, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Zwei wurden freigesprochen.

In Bern ist der Bundesrat Edmond Müller gestorben. Er war dreimal Bundespräsident, nämlich 1899, 1901 und 1907.

Präsident Masaryk hat die Friedensverträge unterzeichnet, womit die Ratifikation der Tschecho-Slowakei endgültig vollzogen ist.

Die „Daily Mail“ meldet, soll die Proklamierung des Erzherzogs E. O. des jüngsten Sohnes des früheren Kaisers Karl, zum König von Ungarn unmittelbar bevorstehen.

Das rumänische Kabinett des Generals Baito-cano ist zurückgetreten.

Die Sowjetregierung hat zugestimmt, daß im Austausch mit A. A. drei deutsche Geiseln, die Konstantin Parlat, Dr. Brag und Brandel, die Heimreise nach Deutschland antreten dürfen.

Die Delegiertenkammer von Brasilien hat den Friedensvertrag von Versailles ratifiziert.

Österreich: Ententekredit für Österreich.

Die Entente hat beschlossen, der österreichischen Republik einen Kredit von drei bis fünf hundert Millionen Francs zum Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen im Auslande zur Verfügung zu stellen. Sowohl der Präsident des Obersten Rates als auch die Vertreter der einzelnen Ententestaaten sind auf Grund der aus Wien nach Paris gelangten Berichte der Mitglieder der Kommission entschlossen, Österreich bei Aufnahme einer Valutaausleihe beizustehen.

Außen: Die Friedensvorschläge der Sowjetrepublik.

Der sozialistische Vöndener „Daily Herald“ veröffentlicht den Text der Friedensvorschläge der russischen Sowjetregierung, die Oberst Malone aus Moskau mitgebracht hat. Danach soll ein Waffenstillstand auf zunächst 14 Tage abgeschlossen werden. Keine der Parteien darf ihn zum Transport von Truppen oder Kriegsgüter benutzen. Die Bürger der russischen Sowjetrepublik sollen freien Zugang zu den alliierten und assoziierten Ländern und allen den Ländern erhalten, die aus dem Gebiet des früheren russischen Reiches entstanden sind. Sie sollen freien Aufenthalt und Verkehr haben und Schutz genießen, so lange sie sich in die inneren Angelegenheiten der Länder nicht einmischen. Dasselbe soll für die Untertanen dieser Länder in Russland gegenüber gelten. Die Sowjetregierungen erkennen die finanziellen Verpflichtungen des früheren russischen Reiches gegenüber den fremden Ländern an, die den Friedensvertrag unterzeichnen. Die Friedenskonferenz soll in einem neutralen Lande stattfinden. Die russische Sowjetregierung erklärt sich zur Annahme der von ihr aufgestellten Vorschläge bereit, wenn diese von den Verbündeten bis zum 15. November anerkannt werden. — Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Vorschläge von den Alliierten in ernste Erwägungen gezogen werden, zumal die Sowjetrepublik die finanziellen Verpflichtungen des früheren russischen Reiches gegenüber den Alliierten anerkennen will. Der britische Ministerpräsident Lloyd George hat beim Amtsantritt des neuen Bürgermeisters in London in einer Rede über die europäische Lage geäußert, daß der Bolschewismus in Russland nicht mehr mit dem Schwerte unterdrückt werden kann und daß schließlich andere Maßnahmen getroffen werden müssen, um den Frieden in Russland wieder herzustellen. Die Welt könne mit einem verwirkelten und zerrissenen Russland nicht weiter kommen.

Die 28. Westfäl. Provinzialsynode.

Schwelm, 8. November.

V.

Die zweite Sitzung am Freitagmorgen und -nachmittag und die ganze Sitzung am Samstag beschäftigt sich nun mit

Kartoffelverkauf.

Der Kartoffelverkauf auf dem Ostbahnhof hat wieder begonnen. Der Nummernaufruf erfolgt wie bisher täglich bis 9 Uhr früh.

Magistrat Bielefeld.

Mütterberatungsstelle.

Die Marken für die Sonderzulagen werden künftig wie folgt ausgegeben:

In der Woche vom 17.—22. November werden nur Marken an Frauen vor der Entbindung ausgegeben und zwar an die Bezugsberechtigten mit den Anfangsbuchstaben:

M—2 am Montag nachmittag, den 17. November

M—3 am Freitag nachmittag, den 21. November.

In den folgenden 3 Wochen (vom 24. 11.—13. 12.) werden Montags und Freitags nachmittags die Marken an die Frauen nach der Geburt der Kinder ausgegeben.

Krankmeldungen werden jeden Montag und Freitag nachmittag entgegengenommen.

Magistrat Bielefeld.

der Frage, die alle Gemüter in Hochspannung versetzt: Wie soll die provinzialkirchliche Behörde gestaltet werden? Der vorliegende Entwurf (Berichterstatter Syn. Probsting-Lüdenscheid) will die presbyterial-synodalen Grundzüge folgerichtig durchführen und die gesamte Kirchengewalt, die gesetzgebende, wie die verwaltende und beaufsichtigende, der Synode beilegen. Für die Zeit, wo sie nicht tagt, ist ihr Kontrollorgan der Prov.-Synodal-Vorstand und als einheitliche Spitze des Ganzen der auf Zeit zu wählende Präses. Daneben aber soll von der Synode eine ihr verantwortliche Kirchenbehörde eingesetzt werden, der Prov.-Kirchenrat mit lebenslanglich angestellten theologischen und juristischen Mitgliedern, in dessen Arbeitsbereich die ganze Tätigkeit der bisherigen Generalsuperintendenten und der Konfistorialräte fällt, also die seelsorgerliche Beratung der Pfarrer und Kandidaten, die Pflege des religiösen Lebens, der Inneren Mission usw. und auch die kirchliche Verwaltung und Aufsicht.

Neben der Notwendigkeit einer kraftvollen Synode mit gesetzgebender und beaufsichtigender Gewalt und dem Präses an der Spitze betont der Generalsuperintendent in ausführlichen Darlegungen zugleich die Wichtigkeit einer stoff- und werbekräftigen geistlichen Kirchenleitung, die einer mit Führergabe ausgestatteten Persönlichkeit als dem Beauftragten der Synode volle Entfaltungsmöglichkeit gibt, so daß also nicht eine Stelle überlastet, sondern die Leitung und Verwaltung auf der einen Seite und die Gesetzgebung und Aufsicht auf der anderen Seite klar getrennt sind.

Der Ausschuß für kirchenrechtliche Fragen (Berichterstatter Sup. D. Winkelmann) stellt sich dagegen im wesentlichen auf den Boden des Entwurfs, wünscht aber für den Präses hauptamtliche Anstellung auf 12 Jahre, damit er dem Bischof und Parteitreiben entzogen und der einheitliche Führer der Provinzialkirche ist. Oberlandesgerichts-Senatspräsident Seibert (Hamm) schlägt eine ähnliche Behörde vor, wie sie die rheinische Städteordnung vorsieht: Einen Präsidenten an der Spitze der Provinzialkirche und die Synode, entsprechend dem Bürgermeister und der Stadtverordnetenversammlung. Demgegenüber wird das schwerwiegende Bedenken geltend gemacht, daß bei dem seltenen Zusammen-treten der Synode eine solche Stellung zu einer päpstlichen Übergewalt führe, die den synodalen Einfluß wieder völlig beseitige. Eine Anzahl anderer Redner (Präses Rodelfe, Winkhaus, Lappe, Niederstein, Ehrmann, Meyer-Lengerich, Winkler, Meyer-Rodelfe, Voensgen) beleuchten die Frage von allen Seiten. Schließlich werden die vom Generalsuperintendenten gegebenen Richtlinien mit großer Mehrheit angenommen und eine Abordnung beauftragt, sich mit einem rheinischen Ausschuß zusammen über die weiteren Schritte zu besprechen.

Auf Antrag des Synodalen Niederstein soll die Generalsynode ersucht werden, dahin zu wirken, daß den Theologiestudierenden und Kandidaten ihre Kriegszeit nicht nur auf das Pensumsalter, sondern auch auf das Dienstalter angerechnet werde.

Der Präses berichtet über die Verlegung der Brüderanstalt Martineum von Witten in die bisherige Präparandenanstalt Holzwickede und die Umgestaltung zu einem Religionslehrerseminar. Der Generalsuperintendent teilt mit, daß das Diakonissenhaus in Münster unter dem künftigen Leiter P. Müller eine entsprechende Anstalt für Religionslehrerinnen einzurichten gedenke. Synode will beide Anstalten gern unterstützen.

Am Freitagabend wurde der Synode von der Gemeinde Schwelm ein erhebendes Kirchenkonzert geboten, für das sie ihren warmen Dank ausspricht.

Local- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 14. November 1919.

Deutscher Männerchor. Für Freunde des Männerchangs dürfte es von Interesse sein, zu erfahren, daß der in Gesangsreisen wohlbekannte „Deutscher Männerchor“ am Sonntag, den 16. d. M., nachmittags 4½ Uhr, im großen Saale der Eintracht sein zweites diesjähriges Konzert gibt. Es werden Männerchöre, sowie Vorträge des Sologuartetts des Vereins wie auch gemischte Quartetts zu Gehör gebracht.

Ein Besuch dieser musikalischen Veranstaltung dürfte daher zu empfehlen sein.

Bücherschau.

Eine neue Frauenzeitschrift „Die Frau und ihr Haus“ erscheint seit kurzem im Verlage der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe, alle 14 Tage ein Heft, vierteljährlich 1 M. Kleidungsfrage, Körperpflege und Wohnungskultur, diese großen Gebiete bezeichnen das Programm der neuen Zeitschrift, die sich zur Aufgabe gemacht hat, den weitesten Kreisen Führer zu sein zu einer geschmackvollen, einfachen und billigen Frauen- und Kinderkleidung, zu einer gesundheitsgemäßen Körperpflege und zur Pflege behaglicher Häuslichkeit. Beigegebene zahlreiche Abbildungen erleichtern das Verständnis; Schnittmuster, die vom Verlage zu beziehen sind, ermöglichen die praktische Verwertung der gegebenen Anregungen. Der Zeitschrift ist Eingang in jede Familie zu wünschen.

Eine sehr nette Erzählung von Hermann Rufer: „Hans und Elisabeth Sommerreise“ ist im Brunnen-Verlag Gießen erschienen. Preis geb. 4.50 M.

Verschiedenes.

Bei der Sparprämienanleihe werden die Zinsen nicht jährlich ausgezahlt, sondern sie werden aufgeschpart und kommen bei der Rückzahlung des eingezahlten Betrages zur Auszahlung. Da die Zinsen fünf Prozent betragen, so bringt jedes Stück von 1000 Mark jährlich 50 Mark Zinsen, die ohne jeden Abzug ausgezahlt werden. Sie unterliegen im Gegenzug zu den jährlich ausgezahlten Zinsen anderer Anleihen weder der Einkommensteuer, noch der Kapitalertragssteuer. Zu den Anleihebedingungen gehört, daß diese Steuerbegünstigungen bis zur vollständigen Tilgung der Anleihe bestehen bleiben. — Die Sparprämien-Anleihe ist bekanntlich von Montag, den 10., bis Mittwoch, den 24. November, aufgelegt. Zeichnungen können durch Vermittelung jeder Bank, jedes Bankiers, jeder Sparkasse und jeder Kreditgenossenschaft erfolgen.

Das neue 50-Pfennig-Stück. Seit einigen Tagen ist das erste Geldstück der Deutschen Republik im Umlauf. Das neue fünfzig-Pfennig-Stück ist seit Jahrhunderten die erste deutsche Münze, die ohne Adler und Wappenbild erscheint. In der Form gleicht es dem alten Nieder-Österreichischen. Es zeigt auf der Vorderseite eine große 50 und darunter in einem Querschnitt in deutscher Fraktur das Wort Pfennig. Hinter dem Adler umrahmt die Inschrift „Deutsches Reich“ die Zahl. Unter dem Wort Pfennig steht die Jahreszahl 1919. Die Rückseite zeigt völlig von dem vorderen Bild ab. Sie zeigt die stilisierte Wiedergabe einer Mehrengabe in Stadtreliet, die quer durch die zweifelhafte Inschrift „Eich regem bringt Segen“ durchschnitten wird. Dieses Geldstück, das das Münzzeichen A trägt (Staatsliche Münze, Berlin), ist aus einem leichten, sich fettig anfühlenden weißen Metall geprägt. Der Rand ist eingekerbt wie bei den silbernen 1/2-Mark-Stücken.

Mitbestimmungsrecht der Beamten. Der Hauptausschuß der Sozialen Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten sagte nach einem Vortrag des Verbandessekretärs der unteren Postbeamten Lenz eine Entscheidung, worin die sofortige Vorlegung eines Reichsgesetzes über die Bildung von Beamtenräten verlangt wird, und zwar durch die jederzeit widerrufliche Beilegung der Personalreferentenstellen auf Vorschlag der Beamtenräte bzw. der Beamtenorganisationen. Von Amts wegen sollen nur ausnahmsweise und bei besonders großem Umfang der Personalstellen besondere Beamte mit maßgebendem Einfluß in diese Stellen entsandt werden. Auch gegen diese Beamten soll den Beamtenorganisationen ein Einspruchsrecht zustehen. Geschaffen soll ferner werden eine Zentralstelle mit weitgehenden Befugnissen, die die Durchführung aller Beschlässe in Personalangelegenheiten nach einheitlichen Grundsätzen, die für alle Verwaltungen gleichmäßig gelten, zu überwachen hat. — In einer anderen Entscheidung fordert der Ausschuß eine sofortige angemessene Erhöhung der laufenden Feuerungsbezüge.

Kleine Nachrichten.

Der Straßenbahnstreik im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ist nach achtstägiger Dauer beendet. Der frühere Großherzog von Oldenburg verkaufte seine Yacht „Reinhardt“ für 1¼ Millionen an Estnes in Hamburg.

Für den Inhalt verantwortlich: B. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schlichtbach 141. Alles, was die Expedition betrifft, als Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle: Missionar Beienbrock, Bethel bei Bielefeld, Postfachkonto 7382.

Milchzucker

beste Kinderernährung zu haben
Apotheke-Ostercappeln.

Christl. Mädchen

für alle das Gebirge nach Westfalen gesucht. Euer Ehemann und Familienmitglied wird zu eurer Angehörung unter W. L. an die Eltern, d. Bettina.

Das Jenseits,

der Zustand der Verstorbenen bis zur Auferstehung. Eine gläubige Erleuchtungswissenschaft, kein Pantheismus. 275 harte Reproduktionen oder 275 Nachdrucke. Preis 25 Pfennig. Paul Enigk, Prenzlau 1.

Schuhmacher

für die Schuhreparaturwerkstätte des hiesigen Verordnungsamtes zum alldienstlichen Eintritt gesucht. Friedberg (Hessen), den 8. November 1919. Die städtische Armenkommission. Dr. Seyd.

Brennholz

komplettlich sortiert, 1-24 m ab 18-22 cm lang, zur Lieferung an Holzbedürftigen gegen Aufschlag. Zu kaufen bei: Holzhandl. Wilmshagen, Osterfeld. Tel. 166.

Berriehene Strämpfe,

Wollene, Baumwollene, Seidenkleider werden schnellstens repariert bei M. Jungblut, Altkloster-Str. 20.

Der Christlich-nationale Verein e. V. St. Bielefeld
braucht die Förderung der Volkshilfe und hat sich auf christlich-nationalen Grundsätzen. Er möchte gern eine Sammelstelle der zu diesem Zwecke allerorts anzuordnenden Sammelstellen sein. Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der Evangelischen Schule in Bethel bei Bielefeld.

Es liegt in Ihrem Interesse
bei Bedarf von
weiblichem Haus- oder
Küchenpersonal
im Aufwärts zu inserieren.